

## B

a) Worauf beschränkt sich die verwaltungsrechtliche Haftung? (LG 16/2001)

- Auf Handlungen, Verhalten und Unterlassungen, welche eine zufällige Ursache haben
- Auf Handlungen, Verhalten und Unterlassungen, die vorsätzlich oder grob fahrlässig begangen werden
- Auf Handlungen, Verhalten und Unterlassungen, welche eine strafrechtliche Auswirkung haben

b) Bei der Verhängung der Disziplinarstrafen wird welches der nachstehenden allgemeinen Kriterien berücksichtigt? (LG 06/2015)

- Höhe und Angemessenheit der Strafen in Bezug auf die Schwere der Übertretung
- Die internen Bestimmungen eines jeden Ressorts im Bereich der Disziplinarstrafen
- Die Bereitschaft des Bediensteten, den Schaden selbst zu vergüten

c) Welche Auswirkung hat die zeitweilige Enthebung vom Dienst? (LG 06/2015)

- Die zeitweilige Enthebung zählt sei es für die Pension als auch für die Abfertigung
- Die zeitweilige Enthebung zählt nicht für das Dienstalter
- Wird vom Landesgesetz nicht geregelt

d) Welche sind die Grundsätze, nach denen die öffentliche Verwaltung sein Handeln und Tun ausrichtet? (Gesetz 241/90)

- Wirtschaftlichkeit, Wirkung, Unparteilichkeit, Öffentlichkeit und Transparenz
- Gesetzestreue, Ausgewogenheit, Bürgernähe und Transparenz
- Zweckbestimmtheit, Gewissenhaftigkeit, Gesetzestreue und Transparenz

e) Was kann mittels Eigenerklärung gegenüber der Verwaltung erklärt werden? (DPR 445/2000)

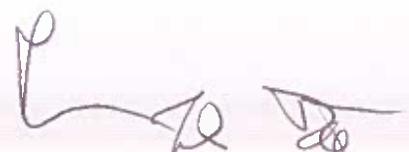
- Den Status eines Studierenden zu haben
- Die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung
- Keine der obgenannten Erklärungen kann mit Eigenerklärung erklärt werden

f) Was hat das DLH Nr. 38 von 2017 zum Gegenstand?

- Die Finanzgebarung und Buchhaltung der Schulen staatlicher Art und der Landesschulen der Autonomen Provinz Bozen
- Die Finanzgebarung und Buchhaltung der Schulen staatlicher Art der Autonomen Provinz Bozen
- die Finanzgebarung und Buchhaltung der Landesschulen der Autonomen Provinz Bozen

## B

- g) Welcher Grundsatz gilt für zweckbestimmten laufenden Zuweisungen sowie für die zweckbestimmten Kapitalzuweisungen?
- Der Grundsatz, dass nur der Schulrat über diese Geldmittel verfügen kann
  - Dass nicht verwendete Geldmittel zurückgegeben werden müssen
  - Der Grundsatz der periodengerechten Zuordnung
- h) Innerhalb wann muss das Budget den Kontrollorganen übermittelt werden?
- Innerhalb 10. November (20 Tage vor dem 30. November)
  - Mindestens 20 Tage vor der Schulratssitzung, bei welcher das Budget genehmigt werden soll
  - 20 Tage nach Genehmigung des Budgets durch den Schulrat
- i) Was passiert mit den Investitionen, welche nicht innerhalb des Rechnungsjahres durchgeführt wurden?
- Diese können mittels passiver Rechnungsabgrenzung verbucht werden
  - Diese müssen dem zuständigen Schulamt zurückerstattet werden
  - Können mit Beschluss des Schulrates auf Rücklagen gebucht werden
- j) Worauf beschränkt sich die prov. Gebarung laut Art. 9 des DLH Nr. 38/2017
- Auf die Pflichtausgaben, auf Ausgaben in Höhe von 1/12tel für die laufende Gebarung und auf Aufwendungen für bereits angelaufene Projekte
  - Auf die Pflichtausgaben, auf Ausgaben für bereits getätigte Bestellungen und auf Aufwendungen für bereits erfolgte Lieferungen
  - Auf Aufwendungen, welche die Höhe von eines Zwölftelst der Vorjahresaufwendungen nicht überschreiten
- k) Ist die Benützung eine Kreditkarte gestattet?
- Nein
  - Ja, aber nur in genau festgelegten Bereichen
  - Ja, wenn die Verwaltung durch die Nutzung eine Kosteneinsparung nachweisen kann



## B

l) Nach welchen Vorgaben wird der Kassendienst an den autonomen Schulen vergeben?

- Laut Landesgesetz Nr. 12 von 2000
- Laut Art. 18 der Buchhaltungsverordnung DLH Nr. 38 von 2017
- Laut Landesgesetz Nr. 6 von 2015

m) Innerhalb wann muss die Jahresabschlussrechnung den jeweiligen Bildungsdirektionen übermittelt werden?

- Innerhalb 30. April des auf das Bezugsjahr folgende Jahr
- Innerhalb 30. April des auf das Folgejahr folgende Bezugsjahr
- Innerhalb 15. Mai des auf das Bezugsjahr folgende Jahr

n) Welche zentrale Behörde wurde mit dem GvD Nr. 33/2013 in Italien eingeführt?

- ANAS
- ANAC
- AVIS

o) Was ist eine Verwaltungsunterlage im Sinne des LG 17 von 1993?

- Jede graphische, filmische, photographische, magnetische oder nach einem anderen technischen Verfahren hergestellte Wiedergabe des Inhalts von Akten,
- Jede schriftliche und mündliche Unterlage einer Verwaltung ohne Rechtspersönlichkeit
- Nur Unterlagen welche dem Amtsgeheimnis unterliegen

p) Wann darf das Recht auf Zugang nicht verweigert werden?

- Das Recht auf Zugang darf nie verweigert werden, denn es ist ein absolutes Recht aller Bürgerinnen und Bürger
- Das Recht auf Zugang darf nicht verweigert werden, wenn das Verzögerungsrecht der Verwaltung ausreicht, um die geschützten Interessen zu wahren
- Immer auf Antrag eines involvierten Drittbetroffenen

q) Innerhalb welcher Frist muss das entscheidende Organ über eine Aufsichtsbeschwerde befinden?

- Innerhalb von 80 Tagen ab Datum der Unterschrift auf der Beschwerde
- Innerhalb von 30 Tagen
- Innerhalb von 120 Tagen ab Eingang der Beschwerde

## B

r) Wie gliedert sich die Arbeitszeit des Lehrpersonals aller Schulstufen?

- Aus den Jahressollarbeitszeit und den Zusatzleistungen
- Aus der wöchentlichen Unterrichtszeit und der für den Unterricht zusätzlichen Arbeitszeit
- Aus der wöchentlichen Unterrichtszeit

s) Was ist für die Genehmigung des Ausmaßes der Teilzeit in erster Linie das wichtigste Genehmigungskriterium?

- Die persönlichen Bedürfnisse des Bediensteten/der Bediensteten
- Die dienstlichen Erfordernisse
- Beides, persönliche Bedürfnisse und dienstliche Erfordernisse

t) Wozu dient die Landeszulage laut Art. 17 des Einheitstextes vom April 2003?

- Um Mehrleistungen zu vergüten, welche auf eine Verbesserung der Leistung und der Qualität des gesamten Schulsystems des Landes abzielen
- Um die staatliche Grundbesoldung des Lehrpersonals den höheren Lebenshaltungskosten in Südtirol anzupassen
- Um die Unterrichtstätigkeit in Südtirol attraktiver zu gestalten und somit dem Lehrpersonalmangel entgegenzuwirken

Wählen Sie einen der beiden unten angeführten Punkte aus und beziehen Sie in circa 250 Worten, oder weniger, Stellung.

1. In Ihrer Schule, an welcher Sie die Funktion der/des Verantwortlichen ausüben, geht in 2 Monaten eine Sekretariatsmitarbeiterin, welche seit circa 25 Jahren an derselben Schule Dienst geleistet hat, in Pension. Zudem fehlt immer wieder, bedingt durch eine Krankheit, eine weitere Sekretariatsmitarbeiterin. Ihr Sekretariatspersonal umfasst 4 Personen, 3 Vollzeit und 1 Teilzeit. Beide Mitarbeiterinnen, um die es sich dreht haben ein Vollzeitdienstverhältnis. Das Personalamt hat Ihnen bereits mitgeteilt, dass Sie auf Grund eines Personalmangels den Ausgang eines öffentlichen Wettbewerbs abwarten müssen bzw. niemand kurzfristig als Ersatz zur Verfügung steht. Die Schulführungskraft bittet Sie um Lösungen, zeigen Sie mindestens 2 Lösungsansätze auf.
2. Die Autonomen Provinz Bozen hat auf Grund des über Jahre anhaltenden Personalmangels einen Ideenwettbewerb ausgeschrieben, wo es darum geht, den Beruf des öffentlichen Bediensteten bei der jungen Generation am Arbeitsmarkt wieder attraktiver zu gestalten. Bitte führen Sie mindestens zwei Ideen zur Attraktivitätssteigerung an. Die Erhöhung des Gehaltes darf nicht als Idee ins Feld geführt werden.

## B

a) La responsabilità amministrativa è limitata ai...? (lp 16/2001)

- ai fatti, ai comportamenti ed alle omissioni posti in essere casualmente
- ai fatti, ai comportamenti ed alle omissioni posti in essere con dolo o colpa grave
- ai fatti, ai comportamenti ed alle omissioni con conseguenze penali

b) Quale dei seguenti criteri generali viene preso in considerazione nell'irrogare le sanzioni disciplinari? (lp 06/2015)

- gradualità e proporzionalità delle sanzioni in relazione alla gravità dell'infrazione
- le norme interne di ogni dipartimento nell'ambito delle sanzioni disciplinari
- la disponibilità del collaboratore/della collaboratrice di risarcire con mezzi propri il danno

c) Quali effetti ha la sospensione cautelare dal servizio? (lp 06/2015)

- La sospensione cautelare dal servizio è valutata sia agli effetti dell'anzianità di servizio che per il trattamento di fine rapporto
- La sospensione cautelare dal servizio non è valutata agli effetti dell'anzianità di servizio
- Non è disciplinato dalla legge provinciale

d) Quali sono i principi su cui l'amministrazione pubblica basa le proprie azioni e i propri atti? (legge 241/90)

- Efficienza, efficacia, imparzialità, pubblicità e trasparenza
- Legalità, bilanciamento, vicinanza al cittadino e trasparenza
- Finalità, coscienziosità, legalità e trasparenza

e) Cosa si può dichiarare all'amministrazione attraverso un'autodichiarazione? (DPR 445/2000)

- di possedere lo status di studente
- la dichiarazione di appartenenza linguistica
- nessuna delle suddette dichiarazioni possono essere attestate tramite autodichiarazione

## B

- f) Qual è l'ambito di applicazione del DPP n. 38 del 2017?
- la gestione amministrativo-contabile delle istituzioni scolastiche a carattere statale e provinciale della Provincia autonoma di Bolzano
  - la gestione amministrativo-contabile delle istituzioni scolastiche a carattere statale della Provincia autonoma di Bolzano
  - la gestione amministrativo-contabile delle istituzioni scolastiche provinciali della Provincia autonoma di Bolzano
- g) Quale principio si applica alle assegnazioni con vincolo sia di parte corrente che di parte capitale?
- il principio secondo il quale soltanto il Consiglio d'Istituto può decidere su detti mezzi finanziari
  - i fondi non utilizzati devono essere restituiti
  - il principio di competenza
- h) Entro quale termine deve essere trasmesso il budget al nucleo di controllo?
- entro il 10 novembre (20 giorni prima del 30 novembre)
  - almeno 20 giorni prima della convocazione della seduta del Consiglio d'istituto indetta per la sua approvazione
  - 20 giorni dopo la sua approvazione da parte del Consiglio d'istituto
- i) Cosa succede con gli investimenti che non sono stati realizzati entro la fine dell'esercizio?
- si ha la facoltà di inserirli nei risconti passivi del bilancio
  - devono essere restituiti all'ufficio scolastico competente
  - possono essere inseriti come riserve con delibera del Consiglio d'istituto
- j) A quali attività è limitato l'esercizio provvisorio ai sensi dell'articolo 9 del DPP n. 38/2017?
- alle spese obbligatorie, le spese di un dodicesimo per l'esercizio corrente e le spese necessarie per la prosecuzione dei progetti già avviati
  - alle spese obbligatorie, alle spese per ordini già effettuati alle spese per consegne già avvenute
  - alle spese che non superano il dodicesimo dei costi previsti nell'esercizio precedente delle spese necessarie per la prosecuzione dei progetti già avviati;



## B

k) È ammesso il pagamento con carta di credito?

- No
- Sì, ma solo per determinati ambiti
- Sì, se l'amministrazione è in grado di dimostrare un risparmio dovuto all'utilizzazione della carta di credito

l) In base a quale normativa viene assegnato il servizio di cassa nelle scuole autonome?

- ai sensi della legge provinciale n. 12 del 2000
- ai sensi dell'articolo 18 della normativa sulla gestione amministrativo-contabile DPP n. 38 del 2017
- ai sensi della legge provinciale n. 6 del 2015

m) Entro quando deve essere trasmesso il bilancio di esercizio all'Intendenza scolastica competente?

- entro il 30 aprile dell'anno successivo a quello di riferimento
- entro il 30 aprile dell'anno successivo a quello successivo di riferimento
- entro il 15 maggio dell'anno successivo a quello di riferimento

n) Quale ente centrale è stato creato in Italia con il d.lgs. n. 33/2013?

- ANAS
- ANAC
- AVIS

o) Come è definito il documento amministrativo ai sensi della lp 17 del 1993?

- ogni rappresentazione grafica, fotocinematografica, elettromagnetica o di qualunque altra specie del contenuto di atti
- ogni documento scritto o orale di un'amministrazione senza personalità giuridica
- soltanto documenti soggetti al segreto d'ufficio

p) Quando il diritto d'accesso non può essere negato?

- il diritto d'accesso non può mai essere negato in quanto si tratta di un diritto assoluto di ogni cittadino/cittadina
- il diritto d'accesso non può essere negato se il potere di differimento dell'amministrazione è sufficiente a salvaguardare gli interessi tutelati
- sempre su richiesta di un terzo interessato

## B

q) Entro quale termine l'organo competente ha l'obbligo di decidere in merito al ricorso?

- entro 80 giorni dalla data di sottoscrizione del ricorso
- entro 30 giorni
- entro 120 giorni dal giorno entro il quale è stato presentato il ricorso

r) Come è strutturato l'orario di lavoro del personale docente di tutti i livelli scolastici?

- sulla base dell'orario d'insegnamento annuale ed i compiti accessori
- sulla base dell'orario d'insegnamento settimanale e dall'orario funzionale all'insegnamento
- sulla base dell'orario di insegnamento settimanale

s) Nei rapporti di lavoro a tempo parziale per il personale docente la definizione della misura dello stesso di quale esigenza tiene conto in via primaria?

- le esigenze personali della collaboratrice/del collaboratore
- le esigenze di servizio
- entrambe, le esigenze personali e le esigenze di servizio

t) Quale è lo scopo dell'indennità provinciale ai sensi dell'articolo 17 del Testo unico del aprile 2003?

- retribuire maggiori prestazioni finalizzate al miglioramento della produttività e della qualità complessive del sistema scolastico provinciale
- adeguare lo stipendio base statale del personale docente all'aumento del costo della vita in Alto Adige
- rendere più attraente l'insegnamento in Alto Adige e contrastare così la carenza di personale docente

Scelga uno dei due argomenti sottostanti ed esponga la Sua posizione in circa 250 parole o meno.

1. Nella vostra scuola dove svolgete la funzione di responsabile amministrativo, una collaboratrice in segreteria, che lavora nella stessa scuola da circa 25 anni, andrà in pensione tra 2 mesi. Inoltre, a causa di una malattia, un'altra collaboratrice di segreteria è spesso assente. Il Vostro personale di segreteria è composto da 4 persone, 3 a tempo pieno e 1 a tempo parziale. Sia la dipendente in procinto di andare in pensione che la collaboratrice in malattia hanno un rapporto di lavoro a tempo pieno. L'Ufficio personale vi ha già informato che, a causa della carenza di personale, dovrete attendere l'esito di un concorso pubblico e che a breve termine non sarà possibile avere una sostituzione. La direzione della scuola vi chiede di trovare delle soluzioni. Si prega di indicare almeno due possibili soluzioni.
2. La Provincia Autonoma di Bolzano a causa della carenza di personale persistente da anni ha indetto un concorso di idee su come rendere la professione del dipendente provinciale più attraente per le giovani generazioni sul mercato del lavoro. Si prega di elencare almeno due idee al fine di aumentare l'attrattività. L'aumento dello stipendio non può fare parte delle proposte.

